

Slavisches Seminar der Albert-Ludwigs-Universität
Freiburg

Europäische Sprachen- und Minderheitenpolitik

Ein Blick auf die Ukraine und
Deutschland

Mai/Juni 2010

Projekt im Rahmen des DAAD-Programms
„Unterstützung der Demokratie in der Ukraine
2010“

DAAD

Deutscher Akademischer Austausch Dienst
German Academic Exchange Service



UNI
FREIBURG



INHALT

1. Einleitung.....	3
2. Seminarplan – Workshop L’viv	7
3. Kurzfassung der Referate des ersten Workshops.....	10
4. Seminarplan – Workshop Freiburg	29
5. Referate des zweiten Workshops.....	31
5.1. Einführende Beiträge.....	31
5.1.1. Monika Lewandowska: Der Europarat und der Schutz der Minderheiten.....	31
5.1.2. Anna Reichert: Abgrenzung von Dialekt, Regionalsprache und Minderheitensprache	42
5.2. Die Situation in Deutschland.....	50
5.2.1. Carlos Manuel Morales Ramirez: Die in Deutschland lebenden anerkannten nationalen Minderheiten.....	50
5.2.2. Anna Marta Müller: Das Beispiel Sorben: Aktuelle sprachliche Lage und Einfluss von Charta und Rahmenübereinkommen	59
5.2.3. Florian Sieg: Das Romani in Deutschland, die Europäische Charta zum Schutz der Regional- und Minderheitensprachen und das Europäische Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten	70
5.2.4. Yinchun Bai: Strukturen und Gesetzgebung zur Förderung der Integration von MigrantInnen in Deutschland	81
5.2.5. Emily Jordening: Die tatsächliche Integration von MigrantInnen in Deutschland.....	87
5.3. Monita des Europarats und entsprechende Maßnahmen in den Untersuchungsländern.....	93
5.3.1. Natalia Skrypyk: Die Hauptprobleme der Ukraine bei der Umsetzung des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten	93
5.3.2. Franziska Knapp: Die Hauptprobleme und Erfolge Deutschlands bei der Umsetzung der Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten	104
5.3.3. Laura Ritter: Die Hauptprobleme Deutschlands bei der Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen	117
6. Fazit: Ein Blick auf die Ukraine und Deutschland.....	128

3.10. Petro Luno: Der Bericht der Ukraine über die Erfüllung der aus der „Charta“ resultierenden Verpflichtungen

1. Einleitung

Die Aufgabe des Referats besteht darin, den Bericht der Ukraine über die Einhaltung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen im Kontext der heutigen Sprachensituation im Staat zu untersuchen.

2. Der erste periodische Bericht der Ukraine über die Einhaltung der Europäischen Charta der Regional oder Minderheitensprachen

Berichte über die Einhaltung der Chartarichtlinien gehören unter anderem zu den Verpflichtungen, die die Ukraine nach der Ratifizierung des Dokuments auf sich genommen hat. Für die Vorbereitung des Berichts für den Europarat ist das Justizministerium der Ukraine verantwortlich.

2.1. Vorbereitung der Berichterstattung

Mit dem Ziel, den ersten periodischen Bericht vorzubereiten, wandte sich das Justizministerium der Ukraine mit entsprechenden Anfragen an die lokalen Staatsadministrationen, an die entsprechenden Ministerien und Behörden sowie an öffentliche Organisationen. Am 20. April 2007 stellte das Justizministerium auf seiner offiziellen Webseite das Projekt des Berichts vor, um kritische Bemerkungen und Vorschläge zur Verbesserung des endgültigen Textes zu bekommen. Am 30. Mai 2007 organisierte das Justizministerium der Ukraine eine Gesprächsrunde, die den Fragen der Vorbereitung des ersten periodischen Bericht der Ukraine über die Einhaltung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen gewidmet war. Im Juni 2007 wurde der erste periodische Bericht der Ukraine über die Einhaltung der Richtlinien der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen (101 Seiten) an den Europarat abgeschickt.

2.2. Die Hauptfragen des ersten periodischen Berichts der Ukraine über die Einhaltung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Der ukrainische Bericht über die Einhaltung der Europäischen Charta enthält die Analyse der Einhaltung von Richtlinien des Artikels 8 (Bildung); Artikels 9 (Gerichtsverwaltung); Artikels 10 (Administrative Organe und öffentliche Dienstleistungen); Artikels 11 (Massenmedien); Artikels 12 (Tätigkeit im Bereich der Kultur und Mittel zu ihrer Realisierung); Artikels 13 (Wirtschaftliches und soziales Leben); Artikels 14 (Grenzüberschreitender Austausch).

3. Die gegenwärtige Sprachensituation in der Ukraine: die Charta als Mittel der Russifizierung

Aus dem ersten periodischen Bericht und der Situation, die in der Ukraine entstanden ist, ist die Tatsache verständlich, dass die Ukraine die aus der Charta resultierenden Verpflichtungen übererfüllt. Dies betrifft unter anderem die Funktionen der russischen Sprache, d.h. ihre Verbreitung in verschiedenen Verwendungssphären. Das bestätigen die Schlussfolgerungen

der internationalen Experten, die die Sprachpolitik in der Ukraine in den Jahren 2006-2008 untersucht haben (Projekt unter der Leitung von Prof. J. Besters-Dilger).

Der Präsident der Ukraine, Viktor Janukovyč, bezieht sich heute auf die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen, wenn er die Frage des Status der russischen Sprache in der Ukraine erläutert. Werden die letzten Verordnungen des Bildungsministers D. Tabačnyk berücksichtigt, ist die antiukrainische Ausrichtung in der Entwicklung des geisteswissenschaftlichen Bereichs unübersehbar. Unter den in der Ukraine herrschenden Bedingungen ermöglicht die Charta diesen Prozess. Dabei verliert sie ihr primäres Ziel und ihre Aufgabe, gefährdete Sprachen, die vom Aussterben bedroht sind, zu schützen.

Noch im Jahre 2006 billigte die Nationale Kommission zur Stärkung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine die neue Fassung der Übersetzung der „Europäischen Charta der Regional- oder minoritären Sprachen“ ins Ukrainische, ebenso den Gesetzentwurf "Über Änderungen zum Gesetz der Ukraine, über die Ratifizierung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen". Prorussische politische Kräfte verweherten die Annahme dieser Fassung.

4. Schlussfolgerungen

1. Der Status der ukrainischen Sprache als Staatssprache gilt als ein Stabilisierungsfaktor in der Stärkung der Einheit der ukrainischen Gesellschaft, der Identifizierung der Bürger als ein gemeinsames ukrainisches Volk und ist zuletzt ein wichtiger Faktor für die Souveränität und Sicherheit des Staates.
2. Politische Konfrontationen in der Ukraine haben zur Manipulation des Ziels und der Objekte der Charta geführt.
3. Die Verwendung prinzipieller Richtlinien der Charta entspricht nicht dem Ziel und den Aufgaben der Charta, weil das Dokument nicht die minoritären, tatsächlich bedrohten Sprachen in der Ukraine schützt.
4. Die russische Sprache hat entsprechend der heutigen Fassung der Charta funktionale und finanzielle Unterstützung bekommen. Die Einhaltung des Dokuments führt zu Einschränkungen der Funktionen der Staatssprache, d.h. der ukrainischen Sprache.
5. Nach den Verordnungen des Bildungsministers D. Tabačnyk werden heute die Funktionen der Staatssprache in den Schulen und Hochschulen eingeschränkt. Die Charta, auf die sich die heutigen Politiker beziehen, wird als Mittel der neuen Russifizierung missbraucht.